

Habt ihr nicht Augen und Verstand?

Warum es keine gute Idee ist, die AfD zu wählen

Wählen mit dem Kopf und nicht nach Gefühl

„Warum? Warum? Sieht man manches erst so spät? Haben wir nicht Augen und Verstand, dass man diese Welt versteht?“ singen die Puhdys in ihrem 1973 erschienen Song „Manchmal im Schlaf“ aus dem Film „Die Legende von Paul und Paula“. Diese Zeile kommt mir in den Sinn, wenn ich an die Wahlerfolge der AfD denke – ich würde sie nur etwas abwandeln: Habt ihr nicht Augen und Verstand, um zu sehen, wen ihr da wählt?

Die Prognosen der letzten Wochen zeigen, dass die AfD prozentual gesehen die meisten Stimmen erhalten würde, wenn in diesen Tagen Bundestagswahl wäre. In einigen Bundesländern erhielt die Partei bei den letzten Landtagswahlen bereits die weitaus meisten Stimmen und aktuelle Prognosen lassen befürchten, dass die Stimmenanteile bei den kommenden Landtagswahlen nochmal deutlich größer werden könnten.

Über die Gründe, warum so viele Menschen die AfD wählen, wird viel spekuliert. Häufig ist zu hören, dass diese Partei inhaltlich gestellt werden müsse – dann würde schon deutlich werden, wie wenig Substanz in ihren Aussagen stecke. Wenn aber die AfD von vielen aber nicht wegen ihrer Inhalte, sondern aus einem diffusen Gefühl der (berechtigten) Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik gewählt wird, greift dieses Argument nicht. Gefühle aber sind ein schlechter Ratgeber, wenn es um politische Entscheidungen geht. Versuchen wir also, sie mal beiseite zu lassen und schauen wir uns anhand ausgewählter Themenfelder an, was die AfD eigentlich genau ändern möchte und was das in der Konsequenz bedeutet.

Arbeitsdienst für Arbeitslose

Fangen wir mit dem Thema **Arbeit** an. In ihrem Wahlprogramm, mit dem die AfD 2025 zur Bundestagswahl angetreten

ist (im Folgenden: AfD 2025) geht die Partei davon aus, dass grundsätzlich alle erwachsenen Menschen, die Bürgergeld beziehen, als erwerbsfähig gelten und es daher Ziel sein müsse, sie kurzfristig wieder in Arbeit zu bringen. Wenn das nach 6 Monaten nicht gelinge, sollten sie zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Diejenigen, die nach – wie auch immer definierten Kriterien – tatsächlich nicht arbeitsfähig sind, seien „... aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter zu überstellen“.

Wenn also jemand mit einer Epilepsie oder einer anderen chronischen Erkrankung aufgrund dieser trotz intensiver Suche keine geeignete Arbeit findet, obwohl er oder sie eigentlich arbeiten könnte: Arbeitsdienst (gemeinnützige Tätigkeit). Wenn jemand länger als sechs Monate nicht arbeitsfähig ist, weil sich zum Beispiel seine Anfallsituation drastisch verschlechtert hat: Sozialhilfe – und kein Weg zurück. Ich denke, dass beides keine guten Alternativen sind. Das würde in der Konsequenz dazu führen, dass alle diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln sind – und dazu gehören Menschen mit einer chronischen Erkrankung oder Behinderung –, über kurz oder lang in die Sozialhilfe „abrutschen“ würden.

Darüber hinaus wird suggeriert, dass das die Arbeitslosigkeit kein strukturelles, sondern ein individuelles Problem sei. Es wird suggeriert, dass es Arbeitslosigkeit nicht geben würde, wenn nicht einige Menschen „zu faul zum Arbeiten“ wären und es sich „in der sozialen Hängematte“ gut gehen lassen würden. Dies mag auf einige wenige zutreffen, auf die meisten arbeitslosen Menschen jedoch mit Sicherheit nicht. Nicht nur, dass die meisten arbeitslosen Menschen mit einer solchen Sichtweise erheblich diskriminiert werden – mit ihr wird das Problem nicht gelöst. Es wäre schon ziemlich zynisch, jemanden, der oder die viele Jahre in der Großindustrie gearbeitet hat und mit Anfang 50 arbeitslos wird, weil in dem Werk mehrere tausend Arbeitsplätze eingespart werden, zu unterstellen, dass er oder sie nur zu faul sei zu arbeiten, wenn kein neuer Job in Sicht ist.

Wohngeld statt erschwingliche Mieten

Kommen wir zum Thema **Wohnen**. Gerade in Großstädten wird es immer schwieriger, eine erschwingliche Mietwohnung zu finden. Die AfD möchte hier gegensteuern, indem sich dazu beiträgt, dass sich in Zukunft jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann (AfD 2025). Das könne zum Beispiel durch die Bereitstellung zinsloser Darlehen geschehen, „... deren Schuldensumme sich mit jedem neu geborenen Kind vermindert“ – so die Partei in ihrem Grundsatzprogramm von 2016 (im Folgenden: AfD 2016). Ich denke, es ist offensichtlich, dass diese Idee völlig an den finanziellen Möglichkeiten der meisten Menschen aus den mittleren und unteren Einkommensschichten vorbeigeht (eine Eigentumswohnung mittlerer Größe kostet derzeit in Berlin um die 400.000 Euro).

Statt zu versuchen, wieder mehr kostengünstige Wohnungen bereit zu stellen, möchte die AfD den Wohnungsbau und die Mietpreisgestaltung lieber dem freien Markt überlassen. Werden die Mietpreise dann zu hoch, soll es für diejenigen, die sich das nicht leisten können, mehr Wohngeld geben (AfD 2025) – was nicht nur viele Menschen aus mittleren und unteren Einkommensgruppen von staatlichen Transferleistungen abhängig machen würde. Es ist auch völlig unklar, woher die dazu notwendigen Mittel – es dürfte sich um einen unteren zweistelligen Milliardenbetrag handeln – kommen sollen. Statt das Problem wirklich anzugehen – zum Beispiel durch eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus, durch die Bereitstellung kostengünstigen Baulands für Mietpreis-gedeckelte Wohnungen, durch die Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften – soll es hier durch den Einsatz von Steuermitteln umgangen werden, mit denen letztlich diejenigen subventioniert werden, die von den hohen Kosten profitieren.

Patriotische Grundhaltung statt Meinungsfreiheit

Was das Thema **Meinungsfreiheit** betrifft, wird die AfD nicht müde zu behaupten, dass diese in Deutschland gefährdet sei

und möchte Plattformen oder Vereine, die im Internet oder wo auch immer getroffene Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen, am liebsten verbieten oder zumindest von der staatlichen Finanzierung ausschließen. Auch die Verfolgung, Ächtung und Löschung von Hass-Komentaren sei ein Verstoß gegen die Meinungsfreiheit. Gefordert wird, dass sich staatlich geförderte Projekte, Vereine und Stiftungen zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen (AfD 2025). „Wir werden deshalb als Landesregierung dafür sorgen, dass jeder Verein, der entweder institutionell oder mit Steuergeldern gefördert werden will, ein glaubhaftes Bekenntnis zur demokratischen Ordnung und zu einer patriotischen Grundhaltung ablegen muss“ (AfD-LSA 2026).

Kirchen sollen sich selbst finanzieren

Auch den Kirchen soll es an den Krügen gehen. Nicht nur sollen staatliche Zuschüsse an die Kirchen drastisch reduziert oder abgeschafft werden – die AfD in Sachsen-Anhalt fordert auch, die Förderung für die *Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V.* unverzüglich einzustellen. Begründung: Die meisten ihrer Angebote seien „... politische Agitation im Sinne der Altparteien: Klimadoktrin, Genderismus und Regenbogenkult“ (AfD-LSA 2026). Und überhaupt: „Wir werden uns ... dafür einsetzen, den staatlichen Kirchensteuerabzug abzuschaffen. Die Kirchen können, wie andere Vereine auch, ihre Mitgliedsbeiträge selbst einziehen“. Stattdessen solle in unseren Dörfern „... Religion, Brauchtum und (echte) Kultur gefördert werden ... Kommunale Schulen, Vereine und Kindergärten werden unterstützt – aber nur, wenn sie den Bürgern dienen, nicht der perversen Regenbogenpropaganda“ (ebd.).

Wer nicht schriftlich sein Bekenntnis zu seiner patriotischen Grundhaltung ablegt – das heißt im Klartext: wenn ein Verein oder eine Gruppierung anderer Meinung ist als die AfD – erhält weder eine finanzielle Förderung noch eine ideelle Unterstützung durch den Staat. Ob damit auch deren Gemeinnützigkeit aberkannt wird, bleibt offen, ergibt sich aber fast zwangsläufig aus der Logik der Argumentation. Das würde viele Vereine und Verbände in ihrer Existenz bedrohen – und genau das ist offensichtlich auch so gewollt. Damit aber nicht genug: „Wer den deutschen Staat oder das deutsche

Volk herabwürdigt oder beleidigt, soll angemessen sanktioniert und mindestens so schwer bestraft werden, wie derjenige, der sich der sogenannten Volksverhetzung gegenüber Minderheiten schuldig macht“ (AfD-LSA 2026).

Die Liste, mit der die Meinungsfreiheit nach Ansicht der AfD eingeschränkt werden soll, ließe sich beliebig fortsetzen. Es ist schon paradox: Ausgerechnet die Partei, die immer wieder eine Einschränkung der Meinungsfreiheit beklagt und dafür keinerlei Belege liefert; ausgerechnet die Partei, die offensichtlich den Unterschied zwischen Kritik mit Einschränkung der Meinungsfreiheit verwechselt; ausgerechnet diese Partei fordert mit Vehemenz die Abschaffung der Meinungsfreiheit und will ihre Kritiker mundtot machen. Frei nach dem Motto: Wer nicht meiner Meinung ist, wer meine Aussagen in Frage stellt oder gar überprüft, verstößt gegen die Meinungsfreiheit und gehört verboten oder zumindest von der Förderung ausgeschlossen – und soll im Zweifelsfall sogar strafrechtlich verfolgt werden.

Inklusion ist vollendet

Kommen wir zum Thema **Behinderung und chronische Krankheit**. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Menschen mit einer Behinderung, die in Werkstätten tätig sind, den Mindestlohn für ihre Arbeit erhalten (AfD 2025). Hört sich erstmal gut an. Aber: Die Finanzierung soll durch Umschichtung erfolgen. Umschichtung bedeutet: Ich nehme etwas aus einem Topf und gebe es in den anderen. Aus welchem Topf allerdings die dazu notwendigen grob geschätzten mindestens 300 Millionen Euro genommen werden sollen, bleibt offen – ebenso die Antwort auf die Frage, wie die Werkstätten so finanziert werden können, dass sie überhaupt in der Lage sind, den Mindestlohn zu zahlen.

Das trifft auch auf die Forderung nach einer deutlich besseren Honorierung der durch Angehörige geleisteten Pflege zu, die nach Ansicht der AfD gleichzeitig die Pflegekassen entlasten würde, da weniger und kürzere Heimbetreuungen anfallen. Das ist schon eine abenteuerliche Behauptung – weil eher das Gegenteil der Fall ist. Eher würde eine deutlich bessere Honorierung pflegender Angehöriger, wenn sie nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden ist, dazu führen, dass die Finanzierung der Pflegekassen zusammenbricht, was auf Kosten aller Beteiligten gehen würde.

Aber nicht nur das: Zudem wird suggeriert, dass diejenigen, die ihre Angehörigen nicht zu Hause pflegen, dies aus finanziellen Gründen nicht tun – und das ist mitnichten der Fall. Immerhin wird der größte Anteil pflegebedürftiger Menschen zu Hause von seinen Angehörigen gepflegt und dort, wo das nicht der Fall ist, hat das meistens nachvollziehbare Gründe (Überlastung, Nicht-Vereinbarkeit mit dem Beruf, etc.), die in der Regel nicht finanzieller Art sind. Auch scheint die AfD überhaupt nicht auf dem Schirm zu haben, dass es Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gibt, die zwar auf pflegerische Versorgung angewiesen, aber dennoch selbstständig sind, in einer eigenen Wohnung leben und einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgehen.

Keine Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung

Auch die Rechte beziehungsweise Möglichkeiten der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung sollen nach dem Willen der AfD deutlich eingeschränkt werden. „Die AfD tritt für die Bewahrung und Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deswegen lehnen wir sog. ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab“. Und weiter: „In den letzten Jahren wurden immer mehr kostspielige Sonderbeauftragte ernannt – für Gleichstellung, Integration, Diversity und anderes mehr –, die keinen echten Nutzen für die Bürger stiften. Wir werden diese Posten konsequent abschaffen“ (AfD 2025). Auch setzt sich die Partei für den Erhalt der Förderschulen ein, hält darüber hinausgehende Maßnahmen allerdings nicht für notwendig, denn: „Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt“ (ebd.). Im Klartext: Inklusion brauchen wir nicht mehr und Gesetze, die die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung regeln und deren Diskriminierung verhindern, brauchen wir auch nicht, weil das die Selbstbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigt.

Nur am Rande sei erwähnt, dass die AfD in Sachsen-Anhalt die Zahl der Behindertenparkplätze reduzieren möchte, weil da immer niemand parke und die immer frei seien. Meine Erfahrungen sind da andere: Ich, als Mensch mit einer Behinderung, bin froh, wenn da keiner parkt, weil ich mich

da sonst mit meinem Auto nicht hinstellen könnte. Allerdings sind die Parkplätze oft von Autos blockiert, die dort nicht parken dürfen – und das umso häufiger, je voller der Parkplatz ist.

Mehr Rente – Wer zahlt?

Was das Thema **Rente** betrifft, soll das Rentenniveau langfristig auf gut 70% des letzten Nettoeinkommens angehoben werden. Wie das finanziert werden soll, bleibt jedoch offen. Die von der AfD angedachten Maßnahmen wirken – wenn überhaupt – nur langfristig. So soll die Zahl der Beamtinnen und Beamten reduziert werden, so dass die große Zahl der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung einzahlt (AfD 2025) und steigende Beiträge sollen durch Steuer-senkungen ausgeglichen werden.

Zudem soll für jedes neugeborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland ein individuelles Altersvorsorge-Depot eingerichtet werden. „Bis zum vollstän-digen 18. Lebensjahr sollen monatlich 100 Euro aus Steuermitteln in einen ETF-Sparplan oder Aktienfonds-Spar-plan eingezahlt werden“ (ebd.) – das wären insgesamt 21.600 Euro, zuzüglich 20.000 Euro „Begrüßungsgeld“ für jedes Neugeborene. Finanziert werden soll das aus Steuermitteln bei gleichzeitiger Senkung der Steuern und damit weniger Einnahmen. Ach ja: Die Krankenkassen-beiträge für Bezieher der Sozialhilfe sollen auch noch komplett aus Steuermitteln finanziert werden.

Innere Sicherheit durch Bürgerwacht

Gruselig wird es beim Thema Sicherheit. Die Wehrpflicht soll wieder eingeführt werden und die Bundeswehr wieder „... einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kamerad-schaft und Tapferkeit ... Diese helfen, sol-datische Haltungen und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren“ (AfD 2025). In Sachsen-Anhalt möchte die AfD eine Bürgerwacht aufbauen, die „...die Arbeit des Ordnungsamtes und der Polizei mit Hilfstätigkeiten“ unterstützt (AfD-LVS 2026). Auch soll das Waffen-recht auf keinen Fall verschärft werden. „Aktuell verweigern die Waffenbehörden

auf Anweisung des Landesverwaltungs-amtes jedem sogenannten Rechtsextre-men die waffenrechtliche Erlaubnis ... Wir werden ... die Waffenbehörden der Kommunen anweisen, künftig nur noch die Zuverlässigkeit zu prüfen, nicht aber die politische Gesinnung“ (ebd.). Na Prost Mahlzeit!

Schuld an allem sind die Migranten

Auch wenn einige Forderungen oder Pläne der AfD auf den ersten Blick sinn-voll erscheinen, wird doch bei genauer Betrachtung klar, dass vieles nicht zuei-ander passt und schlichtweg weder umsetzbar noch finanzierbar ist. Die dahinterstehende Logik, die immer wieder durchscheint, ist recht simpel: Schuld an allem Übel sind zum einen die Zuwanderer und Migranten. Dabei ist nach Ansicht der Partei nicht jeder deutsche Staats-angehörige ein Deutscher – es könnte sich auch um einen „Passdeutschen“ handeln. Schuld an unseren Problemen ist zum anderen die sinkende Geburten-rate: „Steigende Abtreibungs- und sin-kende Geburtenraten hängen auch damit zusammen, dass sexuelle Abweichungen und nicht-reproduktive Lebensweisen mittlerweile mehr Akzeptanz genießen und offensiver beworben werden als die normale Familie aus Mann und Frau, aus der die Kinder hervorgehen“ (AfD-LSA 2026). Also: Menschen mit Migrations-hintergrund raus, Geburtenrate hoch – und alles ist wieder gut. Das ist natürlich völliger Mumpitz, lässt sich aber offen-sichtlich gut verkaufen.

... und die „perverse Regenbogenpropaganda“

Dass Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen als Abweiche-ler und an anderer Stelle als „Perverse“ bezeichnet und damit abgewertet werden; dass Menschen, die sich für Vielfältigkeit einsetzen, als Menschen diskreditiert werden, die „perverse Regenpropaganda“ betreiben (AfD-LSA 2026) – das wird hier und an anderen Stellen ebenfalls deutlich. Nicht so offensichtlich ist, dass diese Abwertung sich auf Menschen mit Behinderungen bezieht, wie viele Äußerungen von AfD-Politikerinnen und Politikern belegen (vgl. dazu die im Mai 2026 erschienene Publikation „Die AfD – eine Gefahr für Menschen mit Behin-derungen“, die vom *Deutschen Institut*

für *Menschenrechte* herausgegeben wurde und auf dessen Webseite (www.institut-fuer-menschenrechte.de) als kos-tenloser Download zur Verfügung steht.

Wenn das alles im Kontext betrachtet wird und auch die Aussagen der AfD zum Klimaschutz und anderen Bereichen berücksichtigt werden, kann einem schon Angst und Bange werden – allein schon aus finanzpolitischen Gründen. Auf der einen Seite will die AfD in vielen Berei-chen Steuern sparen, um die arbeitende Bevölkerung und die Unternehmen zu entlasten – was zwangsläufig zu weniger Einnahmen führt. Auf der anderen Seite soll aber immer mehr aus Steuermitteln finanziert werden: Begrüßungsgeld für Neugeborene, Wohngeld, Krankenkas-senbeiträge für Bezieher von Sozialhilfe etc. Das kann so nicht funktionieren und führt über kurz oder lang zum Zusammen-bruch der Systeme der sozialen Siche-rung, auf die gerade Menschen mit chro-nischen Krankheiten und Behinderungen angewiesen sind.

Demokratie? Nein danke!

Was die AfD möchte, erinnert mich manchmal an Barbie-Land: Mutter zu Hause am Kochherd im eigenen Heim, Vater auf der Arbeit, die vier Kinder auf dem Gymnasium, abends kommen die Gäste oder es wird gemeinsam zum Feuerwehrball gegangen. Alle Menschen sind Patrioten und abweichende Mei-nungen oder Menschen mit anderen Lebensentwürfen gibt es nicht – oder sie sind nicht sichtbar. Mal abgesehen davon, dass ich in so einer Welt nicht leben möchte, ist das eine Vorstellung, die mit der realen Welt absolut nichts zu tun hat. Wer an solchen Idealen fest-hält – und das hat die Vergangenheit zur Genüge gezeigt –, erreicht letztlich genau das Gegenteil: Aussonderung, Unterdrückung Andersdenkender, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch unseres demokrati-schen Systems. Aber vielleicht ist genau das ja Ziel der AfD. Habt ihr nicht Augen und Verstand, um zu sehen, wen ihr da wählt?

Norbert van Kampen